

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 04.01.2019

Von Knut Mellenthin
07.01.2019

Hunger und Hoffnung

Jahresrückblick 2018. Heute: Jemen. Humanitäre Katastrophe erzwingt Friedensverhandlungen. Beziehungen von USA und Saudi-Arabien auf Prüfstand



Anhänger der Ansarollah demonstrieren mit Waffen ihre Unterstützung für den Kampf gegen die Exilregierung und die von Saudi-Arabien geführte Militärallianz (Sanaa, 19.12.2018)

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Foto: Khaled Abdullah/REUTERS

Seit September 2014 wird im Jemen Krieg geführt. Seit dem 26. März 2015 sind Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate daran direkt und maßgeblich beteiligt. Die UNO bezeichnet die Vorgänge als größte humanitäre Katastrophe der Gegenwart. Wesentliche Ursachen dafür sind die systematische Zerstörung der Infrastruktur des Landes durch die Luftangriffe der Ölmonarchien und deren zu Land, zu Wasser und in der Luft praktizierte Blockade. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind 20 Millionen Menschen – das sind 67 Prozent aller Einwohner – auf humanitäre Hilfe angewiesen, um zu überleben. 1,8 Millionen Kinder sind extrem mangelernährt und 400.000 von ihnen bereits unterernährt. Seit dem Ausbruch von Cholera im April 2017 wurden laut UNICEF bis Ende September 2018 mehr als 1,2 Millionen Cholera-Verdachtsfälle gemeldet. Für 2.500 dieser Kranken verlief die Infektion tödlich, darunter waren auch viele Kinder.

Seit dem 13. Dezember scheint es Hoffnung auf eine politische Lösung des Konflikts zu geben. An diesem Tag unterzeichneten Vertreter der international anerkannten Exilregierung und der schiitischen Organisation Ansarollah (»Huthis«) als Ergebnis einwöchiger Gespräche in Schweden die Stockholmer Vereinbarung. Der UN-Sicherheitsrat (UNSC) hatte am 21. Dezember mit der einstimmig angenommenen Resolution 2451 seine Unterstützung für dieses Abkommen erklärt und erste Schritte zur Überwachung der Umsetzung beschlossen.

Die vereinbarten Maßnahmen gelten als vertrauensbildende Schritte. Die schwerwiegenden politischen Differenzen, die einer Beilegung des Konflikts im Wege stehen, wurden in Schweden noch nicht berührt und sollen Gegenstand späterer Verhandlungen sein. An diesen Fragen war die letzte Gesprächsrunde, die zwischen April und August 2016 in Kuwait stattgefunden hatte, ergebnislos gescheitert.

In der Stockholmer Vereinbarung geht es erstens um einen dauerhaften Waffenstillstand in der Hafenstadt Hodeida, über die 70 Prozent der Importe und Hilfslieferungen ins Land kommen, zweitens um einen umfangreichen Gefangenenaustausch und drittens um gemeinsame Regelungen für die zentraljemenitische Stadt Tais, die seit mehr als drei Jahren unter der Kontrolle von Ansarollah steht. Über zwei Ziele, die der UN-Sondergesandte Martin Griffiths in Schweden klären wollte, wurde noch keine Einigung erreicht. Sie betreffen die Öffnung des internationalen Flughafens der von »Huthis« beherrschten Hauptstadt Sanaa, der wegen ständiger Luftangriffe geschlossen werden musste, und die Aufteilung der Kontrolle über die Zentralbank des Jemen. Eine

Verständigung in diesem Punkt ist eine wesentliche Voraussetzung, um die ausstehenden Gehälter und Pensionen an die Regierungsangestellten auszahlen zu können.

In Hodeida war am 18. Dezember ein Waffenstillstand in Kraft getreten, der trotz zahlreicher Verstöße vorerst zu halten scheint. Die Ansarollah, unter deren Kontrolle die Stadt steht und ihre Gegner, die Hodeida seit Juni 2018 belagern, haben sich zum Rückzug ihrer Streitkräfte bis zum 21. Januar verpflichtet. Die drei Häfen in Hodeida und der Umgebung der Stadt sollen von der UNO überwacht werden. Die Aufstellung eines internationalen Teams zu diesem Zweck wurde vom Sicherheitsrat durch die Resolution 2451 für zunächst 30 Tage autorisiert. Ihr Leiter und General im Ruhestand, Patrick Cammaert, traf während der Weihnachtstage mit einigen Mitarbeitern in Hodeida ein.

Ähnliche Missionen hat der 68jährige Niederländer bereits in der DR Kongo und im Grenzkonflikt zwischen Äthiopien und Eritrea geleitet. In beiden Fällen waren ihm mehrere hundert UN-Soldaten unterstellt. Unklar ist noch, wie viele Personen seinem »Team« für Hodeida angehören und unter welchem Mandat sie stehen werden. UN-Diplomaten zufolge könnte die Beobachtermission später aus 30 bis 40 Zivilisten mit militärischer Erfahrung bestehen. Eng mit deren Definition verbunden ist die konflikträchtige Frage, wie »Ordnung und Sicherheit« in Hodeida und Umgebung nach dem Abzug der Ansarollah gewährleistet werden sollen.

Die Gespräche zwischen den jemenitischen Konfliktparteien sollen in diesem Monat fortgesetzt werden. Das genaue Datum und der Verhandlungsort stehen noch nicht fest. Die von den Saudis abhängige Exilregierung, die in deren Hauptstadt Riad residiert, hat angekündigt, dass sie an den Verhandlungstisch erst zurückkehren wolle, wenn alle Vereinbarungen für Hodeida verwirklicht seien.

Ein gewichtiger Faktor für den Fortgang der Ereignisse im Jemen ist die Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien. Nach der Ermordung von Dschamal Chaschukdschi am 2. Oktober 2018 hatten sich diese zunehmend verschlechtert. Der regimekritische Journalist war Staatsbürger der USA und hatte eine ständige Kolumne in einer der wichtigsten Tageszeitungen des Landes, der *Washington Post*. Dennoch meinte US-Präsident Donald Trump kaltschnäuzig, die Bluttat gehe seine Regierung nichts an, da sie auf türkischem Boden im saudischen Konsulat in Istanbul geschehen war. Mit einem Staat, der in den kommenden Jahren 110 Milliarden US-Dollar bei amerikanischen Rüstungskonzernen lassen wolle, dürfe es grundsätzlich kein Zerwürfnis geben, veröffentlichte er freimütig auf Twitter.

Trump hatte im vergangenen Monat seinen Außenminister Michael Pompeo und seinen – mittlerweile zurückgetretenen – Verteidigungsminister James Mattis zur intensiven Bearbeitung des Senats angehalten. Am 12. Dezember votierte dieser jedoch mit 56 gegen 41 Stimmen für einen Antrag, der von Bernard Sanders aus der Fraktion der Demokratischen Partei eingebracht worden war. Der knappe Inhalt: Die US-Kräfte sollten sich, mit Ausnahme der Aktionen gegen Al-Qaida und mit dem Netzwerk verbundener Gruppen, aus den Kampfhandlungen im Jemen zurückziehen. Am selben Tag verabschiedete der Senat eine weitere Resolution, die den saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman nicht nur für die Ermordung Chaschukdschis, sondern auch für die Brutalität des Interventionskrieges im Jemen und für die Unterdrückung der einheimischen Opposition verantwortlich macht.

Letzteres ist eine unverbindliche Meinungsäußerung des Senats, während die von Sanders initiierte Entschließung Gesetzeskraft erlangen könnte, sofern sie auch vom Abgeordnetenhaus unterstützt würde. In dem gestern in teilweise neuer Besetzung zusammengetretenen Kongress verfügen die Demokraten nach der Wahl vom 6. November 2018 über eine bequeme Mehrheit von 235 gegen 199 Stimmen.

Der neue Kongress hat auch über einen Gesetzentwurf zu entscheiden, der von Abgeordneten und Senatoren beider großen Parteien am 26. Dezember eingebracht worden war. Die angestrebte Resolution würde jede Art von nuklearer Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien von der Zustimmung des Kongresses abhängig machen. Dahinter steht die Befürchtung, dass die saudische Regierung ein eigenes Atomwaffenprogramm aufbauen will.